

# Volksrecht

für Schlesien, Posen und die Nachbargebiete.

Organ für die werktätige Bevölkerung.

Die „Volksrecht“ erscheint wöchentlich 4 Mal und ist durch die Expedition, Neue Strassenstr. 1/1, und durch Kolportage zu beziehen. Preis vierteljährlich 2.50, des Monats 20 Pf. Durch die Post bezogen 2.50, frei im Haus 2.92, wo keine Post am Orte, 3.34.

Einzelnummern werden für die einjährige Subskription über deren Raum 40 Pf. Zusätzliche 10 Pf. Doppelhefte unter Zug 1 Pf. (für Arbeitsmarkt). Vereins- u. Verbandsabgaben 15 Pf. Familien-Abgaben 20 Pf. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis Vormittag 9 Uhr in der Expedition abgegeben werden.

Telephon Redaktion 3141.

Telephon Expedition 1206.

Nr. 113.

Breslau, Dienstag, den 18. Mai 1915.

26. Jahrgang.

## Amerika an Deutschland!

### Die Regierung der Vereinigten Staaten fordert wegen der „Lusitania“ Genugtuung und Zusicherungen für die Zukunft.

Die lang erwartete Note der amerikanischen Regierung wegen der Torpedierung der „Lusitania“ ist nunmehr in Berlin eingetroffen und vom Volschaster Gerard dem deutschen Staatssekretär des Auswärtigen übergeben worden. Sie ist in außerordentlich höflichem Tone gehalten und wimmelt förmlich von Komplimenten vor der deutschen Gerechtigkeitssuche und Klugheit. Dabei kommt sie allerdings zu dem Schluss, daß diese Klugheit und Gerechtigkeitssuche es selbst für verwerflich halten werden, Schiffe unter Umständen zu versenken, wie das bei der „Lusitania“ geschehen ist. Die Note hat folgenden Wortlaut:

Berlin, 17. Mai. (Amtlich.)

Der hiesige amerikanische Volschaster hat dem Staatssekretär der Auswärtigen Angelegenheiten die folgende Mitteilung zugehen lassen:

Ich habe die Ehre, Ew. Excellenz folgende Abschrift eines mir von der amerikanischen Regierung zugegangenen Telegramms zu übermitteln:

In Anbetracht der in der letzten Zeit von den deutschen Behörden unter Verletzung amerikanischer Rechte auf hoher See getroffener Maßnahmen, die in der Torpedierung und Versenkung des englischen Dampfers „Lusitania“ am 7. Mai 1915 gipfelten, wobei über hundert amerikanische Staatsangehörige das Leben verloren haben,

erscheint es vernünftig und wünschenswert, daß die Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika und die kaiserlich deutsche Regierung zu einer vollkommen klaren Verständigung über den Ernst der Lage gelangen, die sich hieraus ergeben hat.

Die Versenkung des englischen Passagierdampfers „Lusitania“ durch ein deutsches U-Boot am 7. Mai, wobei der amerikanische Staatsangehörige Leon C. Traher ertrank; der am 28. April erfolgte Angriff des deutschen Flugzeuges auf das amerikanische Schiff „Cushing“; die Torpedierung des amerikanischen Dampfers „Gulflight“ am 1. Mai durch ein deutsches U-Boot, wobei mindestens zwei amerikanische Staatsangehörige untamten und endlich die Torpedierung und Versenkung des Dampfers „Lusitania“ bilden eine Reihe von Vorfällen, die die Regierung der Vereinigten Staaten mit wachsender Besorgnis, Beunruhigung und Beschürzung beobachtet hat.

Die Regierung der Vereinigten Staaten kennt die menschliche und aufgeklärte Haltung, die bisher von der kaiserlich deutschen Regierung in Fragen des Völkerrechts und besonders im Hinblick auf die Freiheit der Meere eingenommen worden ist. Sie hat sich davon überzeugt, daß auf dem Gebiete völkerrechtlicher Verpflichtungen die deutschen Aufstellungen und der deutsche Einfluß sich für die Sache der Gerechtigkeit und Menschlichkeit eingekreten sind; sie ist auch überzeugt davon, daß die von der kaiserlich deutschen Regierung ihren Marineoffizieren erteilten Weisungen von dem gleichen Gefühl der Menschlichkeit geleitet sein dürften, wie es die Gesetze anderer Nationen vorschreiben. Deshalb konnte die Regierung der Vereinigten Staaten nicht glauben und kann sich auch jetzt nicht entschließen zu glauben, daß diese so völlig den Regeln der Menschlichkeit und dem Geiste der modernen Kriegsführung widersprechende Maßnahme die Genehmigung oder Bewilligung dieser großen Regierung haben konnte. Infolgedessen hält es die Regierung der Vereinigten Staaten für ihre Pflicht, sich deswegen an die kaiserlich deutsche Regierung mit der vollkommensten Offenheit und in der berechtigtsten Hoffnung, daß sie sich nicht getäuscht hat, zu wenden; denn sie hat von der kaiserlich deutschen Regierung eine Handlungsweise erwartet, die die durch ihre bedauerlichen Maßnahmen verursachten und die die bisherige Haltung der deutschen Regierung bezüglich

der heiligen Freiheit der Meere wieder herstellen wird.

Die Regierung der Vereinigten Staaten ist von der kaiserlich deutschen Regierung davon in Kenntnis gesetzt worden, daß sie sich durch die außergewöhnlichen Umstände des Krieges und durch die von ihren Gegnern angewandten Maßregeln, die dahin abzielten, Deutschland von jedem Handelsverkehr abzuschneiden, gezwungen sah, Repressivmaßnahmen zu ergreifen, die die gewöhnliche Methode der Kriegsführung weit überschritten, indem sie eine Kriegszone proklamieren, außerhalb deren sich zu halten, sie die neutralen Schiffe gezwungen hatte.

Die Regierung der Vereinigten Staaten hatte bereits Gelegenheit, die kaiserlich deutsche Regierung davon in Kenntnis zu setzen, daß sie die Einführung derartiger Maßnahmen oder Warnungen vor deren Gefahren für amerikanische Schiffe oder amerikanische Staatsangehörige, die berechtigterweise auf Schiffen kriegsführender Mächte reisen, nicht zulassen könne und daß sie die kaiserlich deutsche Regierung für jede absichtliche oder zufällige Verletzung dieser Rechte

verantwortlich machen müsse.

Die Regierung der Vereinigten Staaten kann nicht glauben, daß die kaiserlich deutsche Regierung diese Rechte in Frage stellt; sie nimmt vielmehr an, daß die kaiserlich deutsche Regierung

als selbstverständlich die Regel anerkennt, daß das Leben von Nichtkombattanten — mögen sie neutraler Nationalität sein, oder emer im Kriege befindlichen Nation angehören — rechtlicher und billigerweise nicht durch die Kaperung oder Zerstörung eines unbewaffneten Angreifers in Gefahr gebracht werden kann, und daß die kaiserlich deutsche Regierung ebenfalls, wie dies alle anderen Nationen tun, die Verpflichtung anerkennt, die gebräuchlichen Maßnahmen der Anhaltung und Untersuchung zu ergreifen, um festzustellen, ob ein verdächtiges Handelsschiff tatsächlich einer kriegsführenden Nation angehört oder wirklich Kriegskonterbande unter neutraler Flagge fährt. Die Regierung der Vereinigten Staaten möchte daher die kaiserlich deutsche Regierung alles Ernstes darauf aufmerksam machen, daß der Einwand gegen ihr jetziges Verfahren, den Handel ihrer Feinde anzugehen, darin liegt, daß es praktisch unmöglich ist, Unterboote für die Vernichtung des Handels zu verwenden, ohne dabei die Regeln der Billigkeit, der Gerechtigkeit und der Menschlichkeit zu mißachten, die von der modernen Anschauung als gebietend angesehen werden.

Es ist für die Offiziere eines U-Bootes tatsächlich unmöglich, ein Handelsschiff auf See zu durchsuchen und seine Papiere und Ladung zu prüfen; es ist für sie tatsächlich unmöglich, das Schiff als Feind zu erkennen, und wenn sie nicht an Bord des Schiffes eine Besatzung lassen können, so können sie es nicht verhindern, ohne die Besatzung und alles, was sich an Bord befindet, Wind und Wetter in ihren klaren Rettungsbooten preiszugeben. Diese Tatsachen gibt bekanntlich auch die Lauffähigkeit der U-Boote an. Wir erfahren nun, daß bei den oben erwähnten Fällen man nicht einmal die erforderliche Zeit gewährt, um diese elementaren Sicherheitsmaßnahmen zu ergreifen, und daß in wenigstens zwei der angeführten Fälle nicht einmal eine Warnung erteilt ist. Es ist klar, daß die U-Boote, wie die Ereignisse der letzten Wochen gezeigt haben, nicht gegen Handelsschiffe verwendet werden können, ohne unvermeidliche Verletzungen vieler heiliger

Grundsätze der Menschlichkeit und Gerechtigkeit.

Amerikanische Bürger handeln innerhalb der Grenzen ihrer unbestreitbaren Rechte, wenn sie auf hoher See ihre Schiffe überall dahin steuern und sie zur See überall dahin reisen, wohin sie ihre rechtmäßigen Geschäfte führen, und sie üben ihre Geschäfte in dem wohl sehr berechtigten Vertrauen aus, daß ihr Leben nicht gefährdet werde durch Handlungen, die in offensichtlichster Verletzung allgemein anerkannter internationaler Verpflichtungen begangen werden, und sicher auch in dem Vertrauen, daß ihre eigene Regierung sie in der Ausübung ihrer Rechte unterstützen werde.

Es wurde, wie ich der kaiserlich deutschen Regierung bezeugen möchte, kürzlich in den Zeitungen der Vereinigten Staaten eine formelle, an die Vorkommnisse der Vereinigten Staaten gerichtete Warnung veröffentlicht, die von der deutschen Botschaft in Washington kommen und die tatsächlich besagte, daß jeder Bürger der Vereinigten Staaten, der sein Recht zu freien Reisen auf dem Meere ausübt, es auf eigene Gefahr tue, falls seine Reise ihn in die Zone der Gewässer führe, in der die kaiserlich deutsche Marine ihre U-Boote gegen den Handel Großbritanniens und Frankreichs verwendet, trotz der achtungsvollen, aber sehr ernsthaften Proteste der Regierung der Vereinigten Staaten. Die Regierung der Vereinigten Staaten erwähnt dies nicht, um die deutsche Regierung auf die überragenden Regelwidrigkeiten der Tatsache zu lenken, daß eine von der deutschen Botschaft in Washington stammende Mitteilung sich an die Bevölkerung der Vereinigten Staaten durch Vernachlässigung der Presse richtet, sondern nur, um darauf hinzuweisen, daß eine Warnung vor einer ungesetzlichen und unbilligen Handlung

in keiner Weise als eine Entschuldigung oder Milderung

dieser Handlung, noch als geeignet angesehen werden kann, die Verantwortlichkeit ihrer Urheber zu verringern.

Die Regierung der Vereinigten Staaten, die seit langem den Charakter der kaiserlich deutschen Regierung und die hohen Grundsätze der Billigkeit kennt, von denen sie in der Vergangenheit besetzt und geleitet war, kann nicht glauben, daß die Kommandanten der Schiffe, die diese ungesetzlichen Handlungen begangen haben, dies anders als unter einem Mißverständnis der von der deutschen Marinebehörde gegebenen Befehle getan haben können. Sie legt es als selbstverständlich voraus, daß in einem jeden solchen Falle man wenigstens im Bereich der Grenzen der praktischen Möglichkeit erwarten könne, daß die Kommandanten von U-Booten selbst nichts tun würden, was das Leben von Nichtkombattanten oder die Sicherheit neutraler Schiffe gefährdet, selbst auf die Gefahr, daß die Kaperung oder Zerstörung des in Frage stehenden Schiffes verbleibt.

Sie vertraut daher darauf, daß die kaiserlich deutsche Regierung die Handlungen, über die die Regierung der Vereinigten Staaten Klage führt, es billigt, daß sie, soweit möglich,

Genugtuung geben wird

für unermessliche Schäden und daß sie sofort die nötigen Schritte tun wird, um die Wiederholung von Vorfällen, die sich offenkundig gegen die Grundsätze der Kriegsführung für die kaiserlich deutsche Regierung in der Vergangenheit so klug und fest eingekreten ist, zu verhindern.

Die Regierung und die Bevölkerung der Vereinigten Staaten erwartet von der deutschen Regierung ein gerechtes, baldiges und aufklärtes Vorgehen in dieser vitalen Angelegenheit, und mit dem größten Vertrauen, als die Vereinigten Staaten und Deutschland nicht nur durch besondere Bande der Freund-

schaft, sondern durch ausdrückliche Bestimmungen des Vertrages von 1828 zwischen den Vereinigten Staaten und dem Königreich Preußen verbunden sind.

Der Ausdruck des Bedauerns und das Angebot einer Genugtuung im Falle der Zerstörung irrtümlich verkannter neutraler Schiffe können, wenn sie auch, im Falle, daß Verluste an Menschenleben nicht zu beklagen sind, internationalen Verpflichtungen genügen mögen, doch nicht ein Verfahren rechtfertigen oder entschuldigen, dessen natürliche und notwendige Wirkung es ist, neutrale Staaten und Personen neuen und unerwarteten Gefahren auszusetzen.

Die kaiserlich deutsche Regierung wird nicht erwarten, daß die Regierung der Vereinigten Staaten ihr Wort ungebrochen oder eine Tat ungeschehen lassen wird, die notwendig sein sollte, um ihrer heiligen Pflicht zu genügen, die Rechte der Vereinigten Staaten und ihrer Bürger zu wahren und ihr die freie Ausübung und Genuß zu gewährleisten.

Ich benutze diese Gelegenheit, Ew. Excellenz meiner aufrichtigsten Hochachtung zu versichern.

Wm. James W. Gerard.

Seiner Excellenz Herrn v. Jagow, kaiserlichem Staatssekretär der Auswärtigen Angelegenheiten etc. etc.

Die amerikanische Regierung schiebt also die in ihren Städten veröffentlichte Warnung des deutschen Volschasters vor der Reise mit der „Lusitania“ als ganz unbedeutlich beiseite, weil jeder freie Amerikaner fortihin fahren kann, wohin ihn seine Geschäfte führen. Sie weist auf ihre eigene frühere Warnung hin, in der sie den von Deutschland angekündigten U-Bootekrieg für völkerrechtswidrig erklärte und sagt hinzu, daß man es mit dem Ausdruck des Bedauerns und materiellem Schadenersatz bei Verstößen gegen das Leben von solcher Schwere nicht bewenden lassen könne, sondern Genugtuung und Zusicherungen gegen Wiederholungen für die Zukunft verlangt. Die wird die deutsche Regierung kaum zu geben entschlossen sein, denn auf den Charakter des Schiffes als Hilfskreuzer, auf seine eventuelle Bewaffnung und seinen Inhalt an Kriegsmaterial nimmt die Note gar keinen Bezug. Und das ist ihr Mangel. Hoffentlich findet eine friedliche Einigung der beiden Regierungen darüber statt, ob amerikanische Rechte bei dem Vorfall verletzt sind.

## Przemysl wieder belagert!

„Um Przemysl wird gekämpft“ — dieser Satz im Bericht der deutschen Heeresleitung bestätigt mehr als alles andere den glatten Fortgang der Verfolgung in Galizien bis an den San, den jetzt auch die Russen abgeben müssen, obgleich sie nichts von einer Vernichtung ihrer Armee wissen, sondern nur von der so beliebten „Umgruppierung“. Zum dritten Male wird die Bevölkerung von Przemysl die Schrecken der Belagerung fühlen, diesmal nicht unter dem Kommando des eigenen Landmanns, sondern unter dem des Feindes stehend! Grund genug, den Einwohnern eine mögliche Abkürzung der Schreckenszeit zu wünschen. Jetzt, wo die Verbündeten wieder unter den Mauern der Festung stehen, belagert man doppelt, daß die große österreichische Garnison von mehr als 100 000 Mann sich nicht nach acht Wochen hat halten können. Welche ungeheure Kraft hätte sie für die Rückeroberung der San-Linie und ganz Galizien bedeutet. Jetzt werden ihre Glieder, die inzwischen in Sibirien angefangen sind, kaum etwas von der Wandlung der Dinge erfahren.

Während der Vormarsch der Armeen in Mittelgalizien sich schon am Sonnabend bis Stanislaw erstreckte und Drobohuz bereits eingenommen ist, wollen die Russen nicht stillstehen, sondern haben sich 20 000 Gefangene gemacht und Nabvorna eingenommen haben. Sie legen überhaupt in ihrer aufsteigenden Rückschau viel mehr Wert auf ihre Siege im äußersten Osten Galiziens, als auf die Niederlage im Westen. Doch beginnt sich nach nichtamtlichen Berichten auch am Pruth die Lage langsam zu wenden.

Auch die Franzosen machen aus dem kleinen Rückzug in der Nähe von Ypern und vergeblichen deutschen Vorstößen weiter südlich große Erfolge und Siege zurecht. Ihr Bericht ist so gepflegt als sonst selten, und nennt ein halbes Duzend Orte, an denen man den Deutschen schwere Verluste zugefügt und keine Landstreifen erobert haben will. Daß auch diese Eroberungen die Gesamtlage im Westen und die großen Kampflinien der Gegner nicht erheblich beeinflussen, zeigt ein Blick auf die Karte. Es bleibt dort im wesentlichen beim Alten, keiner der Gegner macht einschneidende Fortschritte.

# Reichstagsarbeit.

Heute, Dienstag, tritt der Reichstag wieder einmal zu einer kurzen Session zusammen. Vorläufig stehen nur wenige Punkte auf der Tagesordnung, von denen das Gesetz über die Versorgung der Kriegswaldruben und der Witwen und Waisen gefallener Soldaten und das Stoffmonopol die wichtigsten sind. Sie haben beide bereits die Budgetkommission beschäftigt und besonders über die Versorgung der Kriegswaldruben usw. ist eingehend debattiert worden. Man darf annehmen, daß das Bild sich durch die Erörterungen und Beschlüsse im Plenum des Reichstages nicht mehr wesentlich verschieben wird.

Und doch wäre es dringend wünschenswert, an dem Versorgungsgesetz weitere Verbesserungen vorzunehmen. Insbesondere ist ja ein Fortschritt zu verzeichnen, als es höhere Pensionen und Renten erteilt wird, als nach den bisher geltenden Bestimmungen gezahlt werden. Auch die Tatsache ist zu begrüßen, daß grundsätzlich die Bezüge nach dem Arbeitsvermögen des Beschädigten oder des Gefallenen abgestuft werden sollen. Leider aber hat sich die Regierung dem sofortigen Inkrafttreten dieser Verbesserungen widersetzt. Erst nach dem Friedensschluß sollen die erhöhten Renten gewährt werden. Optimisten erklären diese Verzögerung für im Interesse der Verletzten liegend. Sie sagen, die Witwen und die Waisen würden nach der Beendigung des Krieges wahrscheinlich noch besser wegkommen, da der Sieger freigebiger sei als der Kämpfer. Diese Annahme ist freilich nicht ohne Grund, aber man darf doch nicht vergessen, daß sich, wie der Krieg auch immer ausfallen mag, alsbald eine große Reihe von neuen Geldforderungen erheben werden, und ob sie auch nur annähernd durch Kriegsschadensleistungen gedeckt werden können, ist zum mindesten sehr zweifelhaft. Mag immerhin die allgemeine Stimmung dahin gehen, daß denen, die im Krieg Opfer für ihr Land gebracht haben, von diesem Lande ein größeres Entgelt zufließen werden muß, als es bisher geübt ist. So sind wir doch keineswegs sicher, ob diese Opferwilligkeit sich unter dem unmittelbaren Eindruck der Notwendigkeit großer Ausgaben auf allen möglichen Gebieten erheben wird. Wir haben deshalb noch wie vor den dringenden Wunsch, die Regierung möge ihren ablehnenden Standpunkt aufgeben, und schon jetzt die den Verletzten günstigeren Bestimmungen des neuen Gesetzes in Kraft treten lassen. Allen Beteiligten wird der Sperrling in der Hand lieber sein als die Laube auf dem Dache.

Was das Stichwort Handelsmonopol angeht, so ist sein Inhalt deshalb noch nicht ganz gewiß, weil sich aus den Äußerungen der Industrie und auch aus denen der sozialistischen Wählerkreise eine Opposition gegen den Plan der Regierung erheben hat. Die Ansicht geht bekanntlich dahin, den Nationalen, die jetzt dabei sind, den für die Schließung von Eisenbahnen notwendigen Eisenstoff aus der Luft zu gewinnen, die Monopolrechte auch dann zu erteilen, wenn nach Beendigung des Krieges die Zukunft des ausländischen Eisenerzes wieder sichergestellt werden kann. In der Tat ist ja das neue Gesetz überaus lössig zu sein, und es muß jedenfalls Sorge dafür getragen werden, daß durch das Monopol nicht Preise geschaffen werden, die den Interessenten den Bezug der Ware übermäßig verteuern.

Es auch ein Teil der anderen Fragen, die in der Budgetkommission Gegenstand der Debatte gewesen sind, in der Lokalforschung des Reiches zur Sprache gebracht werden. Hoffentlich wird die Reichsregierung sich nicht scheuen, die ganze Reihe von Klagen vorzutragen, die sich letzten Endes an die Adresse der Reichsregierung richten. Sie tragen sich auf die Behandlung der Soldaten in der Armee und an der Front, auf das Verbot des Vertrauens der Deutschen und vorläufigen Sprachsperren im privaten Verkehr zwischen den Militärpersonen; sie bezogen sich weiter auf die Ausbreitung unseres Gemeinwesen Petros aus Straßburg, auf die Verhaftung des ehemaligen sozialdemokratischen Landtagsabgeordneten Martin, auf die Einführung eines militärischen Straßensperrens gegen Gewissen Liebkecht usw. Man hat auch diesmal wieder den starken Eindruck, als ob die Zivilverwaltung durch das Vorgehen der Militärbehörden keineswegs angenehm berührt sei, und der Staatssekretär Delbrück, sowie seine Vertreter finden keinen Zweifel darüber, daß sie gewisse Maßregeln für unvereinbar mit den Bestimmungen der Verfassung halten. Besonders in den Fällen Petros, Martin und Liebkecht stellen sie sich auf den Standpunkt, daß die verfassungsmäßig gewählte Zusammenkunft der Reichsversammlung für alle Umstände auch gegen militärische Verfügungen ist und daß von allem anderen abgesehen, der Gouverneur der Provinz Straßburg zwar Befugnisse zu erteilen sein möge, dem Gewissen Petros den Aufenthalt im Reichsbereich zu verweigern, daß er ihn aber keinen bestimmten anderen Ort zum Aufenthalt habe anzuweisen dürfen.

Von sozialdemokratischer Seite sind die guten Absichten der Zivilverwaltung durchaus anerkannt worden. Aber ebenso hat man auf die Unverträglichkeit eines Zustandes hingewiesen, in dem man fortgesetzt Anordnungen der Militärbehörde unterworfen sei, denen, auch wenn sie keine rechtliche Grundlage besäßen, doch unbedingt Folge geleistet werden müsse. Es kam in dieser Beziehung erst dann eine Aenderung einzutreten, wenn die Regierung sich entschließt, endlich der Ansicht August den Reichsversammlung gegenüber den Befugnisse zu erteilen und den Belagerungszustand aufzuheben oder ihn wenigstens auf das wirklich notwendige Maß zu beschränken.

Es wäre daher von Vorteil, auch diese Forderung noch einmal im Plenum des Reichstages zu erheben. Eine Änderung des Verfassungsgesetzes läge darin nicht, und auch die Militärverwaltung würde sich eigentlich freuen, daß sie

sich die Sympathien der Bevölkerung, deren sie am Ende auch nach dem Kriege noch ein wenig bedarf, besser sichern würde, wenn sie den Widerstand gegen die Erfüllung der Verpflichtungen des Staatssekretärs Delbrück aufhob.

## „Hoch der Krieg!“

Ohne jede Unterbrechung folgen sich in ganz Italien in sämtlichen großen, mittleren und kleinen Städten fanatische Kundgebungen, an denen alle Schichten der Bevölkerung teilnehmen. Jeder Versuch des Widerstandes gegen diesen Massenwahnsinn ist erfolglos; überall nehmen die Beamten in corpore teil. — In Rom zogen am 16. Mai über 100.000 Menschen vor das Quirinal. Trotz der Abwesenheit des Königspaares fand eine Kundgebung unter stürmischen Rufen „Hoch der Krieg!“ statt. In Neapel marschierten an der Spitze der Demonstrationen 200 Universitätsprofessoren mit dem Rektor. Ueber sozialistische Kundgebungen heißt es weiter im „Berliner Tageblatt“:

Der am 16. Mai in Bologna zusammengetretene Sozialistenkongress protestierte in schärfster Form gegen jede Beteiligung am Kriege. Am Vorabend der Kammeröffnung sollen Protestversammlungen in ganz Italien abgehalten werden. In Pomo sprengten 150 Reservisten trotz Einschreitens seitens der Offiziere mit dem Rufe „Nieder der Krieg!“ ein Kriegsmemorial. Die deutschfreundliche „Vittoria“ stellte anlässlich der schweren Lebensgefahr für ihre Redakteure ihr Erscheinen ein.

### 11 000 Arbeiter-Proteste.

Die „Tägl. Rundschau“ meldet aus Zürich: Dem Mailänder „Avanti“ zufolge haben am Sonnabend und Sonntag in Italien an 11 000 von den Sozialisten einberufenen städtischen verordneten Volksversammlungen der Arbeiterklasse gegen den Krieg stattgefunden, über deren Verlauf die halbamtliche „Agenzia Stefani“ hartnäckig stillschweigt.

### Genua gegen den Krieg.

Wie der „Vigener Tageszeitung“ aus Genua berichtet wird, hat der dortige Gemeinderat mit allen gegen 4 Stimmen einen Dringlichkeitsbeschluss angenommen, der für die Aufrechterhaltung der Neutralität Italiens bis zum Friedensschluss eintritt. Im Anschluss an dieses Vorgehen des Stadtrates veränderten die Interventionisten große Straßenumgebungen, die jedoch von einem starken Militäraufgebot unterdrückt wurden. Die Sozialisten und Neutralisten veranstalteten auf der Via Roma Gegenkundgebungen.

### Italien landet weitere Truppen in Albanien?

Paris, 17. Mai. Laut einer Meldung aus Konstantinopel sind italienische Truppentransporte Prindiz mit der Bestimmung in Albanien. Die Verhaftung der italienischen Truppen in Albanien sei insofern der gefährlichsten Tätigkeit der meinernden Paanden notwendig.

Solche Transporte können allerdings auch leicht nach Montenegro — Serbien — Bosnien — Dalmatien gehen?

### Der Jubel der Kriegspatrien.

Trieste, 16. Mai. Der „Secolo“ und die übrigen Kriegspatrien melden: S. Landras, Minister der auswärtigen Angelegenheiten, nach seinem Besuch bei dem Kaiser in Wien, hat die große Freude geäußert, daß die „Corniere della Sera“ bezeugen, daß der Krieg heute als unerbittlich, weil sonst nach zehnmonatigem harter Pein und Folter reuere würden.

In Rom sind nach Verübung reiften Unfalls gegen die neutralen Länder und einer Duldung vor den Gebänden des „Messaggero“ und des „Giornale d'Italia“ eine große Menge zur ersten und zweiten Klasse und hundert Bedienstete auf das alljährliche England an, worauf der Vorkämpfer der Neutralität und das gesamte Personal der Postämter auf dem Balkan sich freuen und gnädig danken. Auch in den Kaiserlichen fanden Kriegskundgebungen statt.

### „So ist es.“

Sofia, 17. Mai. Im Abgeordnetenhaus erklärte Ministerpräsident G. Stojan: Die Meinungsänderungen, die sich auf die letzten Jahre der Monarchie an Italien gemachten Vorschläge bezogen, sind hauptsächlich nicht aufrecht. Ich bemerke jedoch, daß ich aus inneren und wesentlichen in den Hauptzügen eine richtige Orientierung über die Verhältnisse der Monarchie gewonnen habe. Diese Meinungen entsprechen der Wirklichkeit in dem Sinne, daß die Monarchie in der Tat territoriale Anerbietungen an Italien machte und Zweck der Sicherung der dauernden Neutralität Italiens. (Zusammenfassung.) Zu diesem Schritte sind wir, die wir für die ewige Gerechtigkeit der Monarchie verantwortlich sind, durch die Interventionen bewegen worden, daß die künftige Freundschaft zwischen unserer Monarchie und Italien sowohl den künftigen großen Interessen der Monarchie, als denjenigen Italiens entsprechen. (So ist es!) Da wir uns überzeugen, daß die Befestigung der Beziehungen und das Hervorrufen eines solchen Zweckes, welcher die Voraussetzungen einer dauernden, aller Hindernisse baren Freundschaft ist, lediglich von dem Zweck hergeleitet werden kann, der erreicht werden kann, so haben wir auch diesen Weg betreten im vollen Bewusstsein der Schwere des zu bewerkstelligenden Opfers und im vollen Bewusstsein der auf uns lastenden großen Verantwortung, aber nicht zu teiligen Interessen und nicht zur Überwindung augenblicklicher Schwierigkeiten (Allgemeine lebhafteste Zustimmung), sondern von der Überzeugung durchdrungen, daß die Wahrheit den künftigen Interessen unserer Vaterlands und damit der Menschheit zu dienen. (Zusammenfassung.) Ich gehe mich der Hoffnung hin, daß dieses Vorgehen der Regierung die Zustimmung der öffentlichen Meinung findet. (So ist es!) Ich beghe die Überzeugung, daß, wenn es gelingen sollte, sichere Grundlagen einer künftigen Freundschaft zwischen unserer Monarchie und Italien zu schaffen, die Sympathie der Serben und Anbahnung der Freundschaft zu neuer Zeit gegeben werden, die zwischen der ungarischen und slowenischen Nation so geraume Zeit hindurch walteten. (So ist es!)

In einer durch die Presse gegangenen Mitteilung, Italien habe den Dreibündnervertrag gekündigt, stellt der „Deutsche Kurier“ fest, daß in Berlin eine solche Kündigung aber etwas, was einer solchen gleich sah, bisher nicht erfolgt ist. Ebenso unwahrscheinlich ist die weitere Meldung, daß die italienische Kammer wiederum verlangt und ihr die Entschädigung über den Krieg entzogen wird.

In Genua sprengten 150 Reservisten trotz Einschreitens der Offiziere mit dem Rufe „Nieder der Krieg!“ ein Kriegsmemorial.

## Um Przemyśl wird gekämpft!

Großes Hauptquartier, 17. Mai. (Amtlich.)

**Westlicher Kriegsschauplatz.**  
Nördlich von Opatowitz, westlich des Kanals, bei Steenstrate und Get Sas haben wir unsere vorgeschobenen Stellungen auf und zogen die dort stehenden schwachen Kräfte, um Verluste durch starkes feindliches Artilleriefeuer zu verhindern, in unsere Hauptstellungen am östlichen Kanalufer zurück.

Südlich von Nowe Chapelle hatten die Engländer noch die Teile unseres vordersten Grabens, die seit den vorgestrichenen Kämpfen in ihrer Hand sind; das Gefecht dauert dort noch an. Nördlich von Kraas, bei Ablain und Neuville, wiesen wir französische Angriffe sehr verlustreich für den Gegner ab.

Bei Nilly und im Priesterwalde haben sich geringfügigere Infanteriekämpfe entwickelt.

Unsere Luftschiffe machten erfolgreiche Angriffe auf die Kriegshäfen Dover und Calais.

### Westlicher Kriegsschauplatz.

Am der Dübissa in Gegend Cragola und Czestkza, sowie südlich des Nemen bei Mariampol und Ludwinow wurden feindliche Angriffe abgewiesen. Unter den bei Sawie gemachten russischen Gefangenen wurden Rekruten des Jahrganges 1916 festgehalten, die eine nur vierwöchentliche Ausbildung hinter sich hatten.

### Südöstlicher Kriegsschauplatz.

Unser Vornachsch zwischen Rika und oberen Reichel, ebenso wie auf der Front Sambor-Stary-Stanislaw wird fortgesetzt. Bei Jaroslaw und nördlich ist es an mehreren Stellen gelungen, den San zu überschreiten. Um Przemyśl wird gekämpft. Oberste Heeresleitung.

## Drei Tagemärsche von Lemberg.

Wien, 17. Mai. (Amtlich.) Im Verhältnis zu den harten Kämpfen in den vergangenen zwei Wochen verlief der gestrige Tag an der ganzen Front im allgemeinen ohne wesentliche Ereignisse. Die Armeen gewannen weiter vorwärts Raum. Die gegen den oberen Dniestr vorgedrungen Kolonnen nahmen mit Teilen um auch Drohobycz. Wir machten weitere 3100 Gefangene und erbeuteten acht Maschinengewehre. Czernowiz, 17. Mai. („Tag“.) Seit der Abwehr des nordöstlichen Angriffs auf Czernowiz ruht der Kampf auf der nordwestlichen Front in der Bukowina. Die vorher herrschende Beunruhigung der Bevölkerung von Czernowiz ist gewichen. Tag gegen Tag seit heute früh ein heftiger Geschützkampf nordwestlich von Czernowiz im Raume Wasylouts-Glinika, wo der Feind starke Kräfte zusammengezogen hat, um den Durchbruch zu versuchen. Der Verlauf des Kampfes ist für uns äußerst günstig. Die russischen Verluste sind groß.

## Deutsche Unterseeboote im Mittelmeer.

Es scheint tatsächlich, als sei es einigen deutschen Tauchbooten gelungen, durch die Straße von Gibraltar zu schlüpfen und ins Mittelmeer zu gelangen. Unbefähigte Nachrichten von Athen und Mäleren melden das Erscheinen deutscher Unterseeboote bei Kap Heros und Kap Androtinos.

Der englische Gesandte in Athen, Elliot, beeilte sich sofort, in griechischen Zeitungen die griechische Bevölkerung aufzufordern, der britischen Admiralität durch Espionage die Hilfe beizubringen. Er versprach für erfolgreiche Spionage im Namen der großbritannischen Regierung eine Belohnung von 12500 Drachmen. Der Gesandte hofft, daß die Stützpunkte der Unterseeboote bald entdeckt werden. Die Athener Zeitungen melden, es seien Maßregeln getroffen worden, um die Fahrt der Kriegsschiffe und Transportdampfer im Mittelmeer zu sichern. Mehr als zwei Unterseeboote seien hinter Gibraltar gesichtet worden, und zwar des allerneuesten Typs von etwa 1200 Tonnen mit 8 Torpedos und einem 75-Millimeter Geschütz an Bord. Einige Blätter versichern, als Stützpunkt würden die Dardanellen dienen. Zweck des Erscheinens sei die Vereitelung der Operationen der Verbündeten gegen die Dardanellen.

## Bericht der Russen über die Schlacht in Galizien.

Brest-Litowsk, 15. Mai. Bericht des Großen Generalstabes: Seit Mitte April waren uns Nachrichten über massenhafte Nachschübe deutscher Truppen von der Westfront und über ihre Zusammenziehung in Westgalizien gekommen. Die hierdurch geschaffene Lage der Dinge hat uns genötigt, die Entwidlung unseres Verstandes in Richtung Mesopotamien-Mittel anzuhalten, um unsere Stellung nicht noch weiter zu verlagern, und die Möglichkeit einer Verfestigung der verfügbaren Kräfte an dem bedrohten Abschnitt unserer Front zu erhalten. Inzwischen waren die Kräfte, die der Feind neuerlich gegen unsere Front geworfen hat, so bedeutend, daß unsere dritte Armee ihren Verstoß im Abschnitt Semczowice-Gorlice nicht aufhalten konnte. Unermüdete, hartnäckige Kämpfe und stürmische Gegenangriffe, die den Feind behinderten, die feindliche Durchbrechung unserer Front ins Werk zu setzen, brachten es schließlich dahin, daß die feindliche Aktion auf Kronstalangriffe gegen die Stellungen, die unsere dritte Armee nachsinander einnahm, beschränkt wurde. Der begeisterte Mut unserer Truppen ermöglichte es, bei vollster Ordnung die uns gestellten schwierigen Kampfsprobleme zu lösen und dem Feinde ungeheure Verluste zuzufügen. Die ganze dritte Armee wurde an den San zurückgezogen. Dementprechend waren wir genötigt, zu einer Umgruppierung der benachbarten Armeen zu schreiten, um auch ihre Front damit in Übereinstimmung zu bringen. Die Umgruppierung ist bereits vollzogen.

Wir waren wohl genötigt, uns aus diesen Gründen aus den Karpaten zurückzuziehen, haben aber gleichzeitig durch entscheidende Offensiven in Ostgalizien wesentliche Erfolge an unserem linken Flügel erzielt, der den Oesterreichern am Dniestr eine empfindliche Niederlage auf einer Front von 150 Werst beibrachte. Im Laufe von fünf Tagen, vom 9. bis 14. Mai, machten wir in dieser Gegend an 20 000 Gefangene und zwangen den Feind, sich in Unordnung jenseits des Pruth zurückzuziehen.

Am 14. Mai zertrümmten unsere weittragenden Batterien in Przemyśl eine feindliche Kolonne, die von Westen heran kam, und brachte ihr bedeutende Verluste bei. An den anderen Abschnitten des San und an den Dniestern der Karpaten fand keine bedeutende Aktion statt.

Die österreichische Armee war am Dniestr geschlagen und konnte sich am 14. Mai am linken Ufer des Pruth nimmermehr in der Gegend von Solomea mit Hilfe von Verstärkungen,

ie mit der Eisenbahn hingebacht waren, hatten Sie die letzten Reihen, die aus Pionieren und einzelnen Abteilungen von geringem Gefechtswert bestanden, zum Kampfe an. Am selben Tage nahmen unsere Truppen in einem Handstreich Kadworna. Tags zuvor nahm unsere Kavallerie mit einem einzigen Ansturm die Befestigungen am Brückenkopf Sula tyn und bemächtigte sich dieser Stadt. Wir setzten die Verfolgung kräftig fort.

In der Gegend von Schawli entwickelten sich die Kämpfe für uns günstig. Wir schlugen mehrere Angriffe westlich Schawli zurück und griffen beim Dorfe Krugzi mit Erfolg eine bedeutende feindliche Kolonne an, die Schawli von Norden umgehen wollte. Wir schlugen den Feind zurück.

**Petersburg, 17. Mai.** (Petersburger Telegraphen-Agentur.) Die Kämpfe in der Umgegend von Szawle nehmen allmählich einen größeren Umfang an und fanden gestern auf einer Front von mehr als 30 Werst statt. Der Feind steht dort fast ausschließlich in einer einzigen Linie gegen die Deutschen, welche mehrere Infanteriedivisionen einsetzen, machten aber im Zentrum Fortschritte und griffen unsererseits eine der feindlichen Umgebungscolonnen in der Flanke an.

Während der Verfolgung der feindlichen Arme, die sich gegen den Pruth hin zurückzieht, hat sich eines unserer Reservebataillone ganz besonders ausgezeichnet, indem es am 13. Mai eine ausgezeichnete Stellung bei den Dörfern Szawlow und Schurpin, nördlich Polowca, durch einen unumwiderrücklichen Vorstoß unter persönlicher Führung seines Regimentskommandeurs fortnahm. Hierbei machte die Infanterie 1000 Gefangene und erbeutete viele Maschinengewehre. Die Russen griffen 1500 Oesterreicher, die aus den Schützengraben flüchteten, an. In Gegend nördlich Czernowitz drang Oberst Carlowski mit drei Schwadronen Husaren wiederholt in die zurückgehende feindliche Kolonne ein und machte viele Gefangene. Bei einem dieser Vorstöße wurde eine feindliche Kompanie, die 200 Mann stark war, vollständig niedergeschlagen. Während des Rückzuges unserer besten Arme vom Danajec gegen den San haben wir höchstens 50 Gefangene zurückgelassen, von denen die meisten durch schwere feindliche Geschosse verwundet wurden, und nicht fortgebracht werden konnten. Wir haben aber alle Lebensmittel vorräthig für die nächsten Tage gesammelt und alle Anstalten der Straßen in die Luft geschlagen. Am 13. Mai hat unsere wirksamste Einheit des Marsches unsere folgende Kavallerie eine deutsche Nachhutabteilung bei Trubonitz, nördlich Przemysl, angegriffen, 500 Mann stark, niedergelassen und 30 gefangen genommen. Ebenfalls am 13. Mai haben in Kielec im Sineschlag liegende Kolonnen die in die Stadt einrückende feindliche Truppe erfolgreich beschossen und ihr so einen weniger angenehmen Empfang bereitet, als eine den Truppen entgegengehende Abordnung der Juden.

### Der französische Bericht.

**Paris, 17. Mai.** (Militärer Bericht vom 16. Mai abends.) Am Nachmittag warfen wir in Steenstraate den vierten deutschen Gegenangriff mit vollem Erfolge zurück, behaupteten alle gestrigen eroberten Stellungen und besiegten unsere Kolonnen, dessen Bedeutung durch die weitere Aufwärtsbewegung des Feindes unterstrichen wird. Weiter südlich brachten die englischen Truppen den Deutschen eine ernste Schlappe bei und nahmen südwestlich Richbourg la Vesne einen Kilometer Schützengraben.

Gleichzeitig kam nördlich von Festubert ein Gegenangriff in der Richtung Lanun Duernie heran und gewann auf einer Front von 800 Metern 1500 Meter in der Tiefe. Die deutschen Verluste sind schwer; die englischen Fortschritte dauern fort. Im Westlichen nördlich von Arras folgten wir fort, unsere neue Front zu besetzen, indem wir den Feind aus mehreren Stellungen verjagten, wo er noch eingekesselt war. Unsere Truppen zeigten in diesem Kampf um jeden Fuß des Geländes große Energie.

Wir gewannen 200 Meter auf dem Höhenvorsprung, der von der Loretköhe gegen die Zuderfabrik Souchez aufläuft, nahmen weitere Häuser im Nordweste von Neuville und brachten einen deutschen Fesselballon östlich davon zum Abfliegen. Den Bahnhof von Souain ließen wir durch Artillerie bombardieren.

In der Champagne, westlich von Ville-sur-Tourbe, brachte uns eine rein örtliche Kampfhandlung einen sehr glänzenden Erfolg ein. In der Nacht vom Sonnabend zum Sonntag sprengte der Feind eine Mine hinter unserer ersten Linie. Acht deutsche Kompanien führten sofort gegen unsere Stellungen vor und fielen in einem ausgiebigen Kampf. Wir machten sofort einen Gegenangriff, nahmen einen Teil der verlorenen Stellung wieder und machten 70 Gefangene, darunter drei Offiziere. Am Tage unternahm ein zweites Gegenangriff. Dieser mit großem Schwung mit dem Bajonett und mit Handgranaten durchgeführte Gegenangriff verjagte uns die ganze Stellung wieder. Wie wir mit Sicherheit feststellen konnten, erlitt der Feind ungeheure Verluste. In der Tat fanden wir in den Schützengraben und Brustwehren über tausend tote Deutsche. Wir machten 300 Gefangene.

### Der Sternsteinhof.

Eine Dorfgeschichte.  
Von Ludwig Anzengruber.

16 (Nachdruck verboten.)  
„Und da ist's wohl mit gut möglich, daß ich, ohne ein Aufsehen zu machen und ein aufdringliches Gesag zu werden, 'n Maderl, so wie ich, Dir nie abweil, und Du kannst auch mit verlangen, daß ich's tu, so lang die Sach' nach in Dissen hängt; denn ich wis' fest's Betraun' Du auch haben magst, so is uns ein rechter Ausgang doch mit vertriebt. Gelt nein? So is wohl für all' Füll' besser, ich lass' den Sub'n noch weiter neben mir herabsteln, und tu dazu nit dergleichen.“  
„O nein! Mußt mich nit für gar so einseitig halten!“  
brauhte der Butze auf. „Wann Du die Meine sein willst, ich' ich nit, daß ein anderer an Dich rührt.“  
„Mein lieber Toni, da hast Du nit z'seiden, das müßt' wohl vorerst ich, und daß D' derhalb'n ganz sicher gehst, so sag' ich Dir: so wenn ich mit den Sub'n hab' nach' kommen lassen und nach' kommen ließ', bevor ich kam nit als Weib' an-g'hör', eben so wenig sollst Du mir nach' kommen, bevor ich nit als Bäuerin am Sternsteinhof sitz'! Ist Dir das nit anständig, müßt' Du's anders, so magst Dein G'schriß nit b'halten!“  
„Ist Ehr' und Seligkeit! Denn, einer anderen traust ich nit so viel, aber Du darfst Dir schon all's herausnehmen geg'n mich! Du, wie D' glaubst und für recht haltst; denn, was mich dabei berührt, muß ledig ich nach' ein'm End' seh'n: sei nur freundlich zu mir, gib mir öfter Gelegenhe't, daß ich Dich sehen und hören mag und bei'n Händen fassen kann.“  
Sie standen Hand in Hand und schickten sich an. Da zog die Tirne die Hände zurück und sagte: „Morgen is auch ein Tag. Morgen werd'n wir's andere. Aber weil D' mein braver Sub' sein willst, und weil D' so willig Lermunt' an-g'nommen hast, — ich bin sonst wohl gar nit freigebig, — doch ach' her, sollst ein' Lohn dafür hab'n.“ Sie schloß ihm den Arm um den Nacken und preßte ihre Lippen auf die seinen, dann ließ sie eilig auf und davon.  
Toni ging an den Bach, er sammelte, als er den Steg überquert, sodas er dergleichen aufsuchte: dann ging er, wie träumend, über die Weide des Sternsteinhof's zu. Von der Höhe sah er, ferne auf der Straße unten, verschwinnend klein, die Gestalt der Tirne sich hastig fortbewegen, und manchmal schien ihm, als unterbäche ein Sprung oder ein Stolpern die Gleichmüßigkeit ihrer Schritte.  
In der nächstfolgenden Nacht, als die alte Zinshofer ein-schloßen war und Holz zu fagen' begann, erhob sich Helene

darunter neun Offiziere, und erbeuleten sechs Maschinengewehre. Demnach blieb nahezu der ganze Bestand der angreifenden Truppe in unseren Händen oder auf dem Gelände.

### Schiffskämpfe vor den Dardanellen.

**Berlin, 17. Mai.** (W. L. V.) Aus Athen wird berichtet: Britische Kriegsschiffe sind in den Dardanellen auf Minen gestoßen und gesunken. Ihre Zahl ist nicht angegeben.

**Berlin, 17. Mai.** Die „National-Ztg.“ meldet von der russischen Grenze:

In den Dockanlagen von Sebastopol sind am 27. April (russischen Datums) zwei russische Kreuzer, ein leichter und ein Panzerkreuzer, in schwerer havariertem Zustande eingelaufen. Der Panzerkreuzer weist drei schwere Treffer auf. Einer dieser Treffer hat die Maschinenanlage schwer beschädigt, ein anderer ist kurz über der Wasserlinie eingeschlagen, während der dritte Teile des Deckes aufgeschoben hat. Auch das kleinere Kriegsschiff ist schwer beschädigt und für längere Zeit gefechtsunfähig geworden. Der Name der beiden Fahrzeuge ist von der russischen Marinebehörde verdeckt worden. Auch wird über die Ursache der Beschädigung Stillschweigen bewahrt; wie aber in Sebastopol verlautet, sind die beiden im Tod befindlichen Kriegsschiffe vor dem Losporus durch das Feuer der türkischen Flotte geschleudert worden. Nach dem Eintreffen der holländischen Kriegsschiffe wurden zahlreiche schwer- und leichtverletzte in die Sebastopoler Lazarette geschafft.

**Petersburg, 17. Mai.** Mitteilung des Großen Generalstabes. Am 15. Mai beschloß die Schwarze-Flotte Kephlen, Ergli und Kilimli und vernichtete vier beladene Dampfer und zwanzig Segelschiffe.

**Konstantinopel, 17. Mai, abends.** Das Hauptquartier teilt mit: An der Dardanellenfront bei Sri Burun fand gestern außer schwachem Artillerie- und Infanteriefeuer keine wichtige Aktion statt. Ein kleiner Transport wurde durch unsere Granaten beschädigt. Im Süden bei Seddul-Abahr nahmen die Truppen unserer rechten Flügels die Höhe wieder, die 200 Meter von unseren Stellungen entfernt liegt.

Ein französischer Kreuzer landete gestern bei Zarkale westlich Mesri an der Südküste von Smyrna 60 Soldaten, die wieder die Flucht ergriffen, als unsere Küstenposten das Feuer erwiderten. Ein anderer Kreuzer landete etwa 100 Soldaten bei Sofat westlich Mesri. Unsere Truppen vertrieben den Feind, der zehn Tote respektive Verwundete hatte. In der Nacht vom 15. zum 16. Mai zogen sich zwei vor den Forts von Smyrna fahrende Kreuzer zurück, nachdem einer durch das Feuer unserer Batterien beschädigt worden war. Von den anderen Kriegsschiffen plagen nichts Wichtiges.

### Die Kämpfe im Kaukasus.

**Konstantinopel, 17. Mai.** Nach neuen Nachrichten aus Erzerum haben die türkischen Truppen endgültig die Russen zum Stehen gebracht und zurückgeworfen. Die Russen versuchten seit drei Tagen, von Olty aus vorzurücken. In den letzten Tagen unternahm der Feind keine ernstliche Aktion mehr. Bei Schenkert wies ein Freiwilligenkorps der Türken unter großen Verlusten für den Gegner einen Angriff von Kizilirmak zurück und erbeutete eine Anzahl Pferde.

### Der Aufbruch in Portugal.

**Lissabon, 17. Mai.** Ein Manifest des revolutionären Komitees besagt, daß Zivilpersonen, die denen nach sieben Uhr abends Waffen gefunden werden, verhaftet werden. Truppen durchsuchen die Stadt und beschlagnahmen die von Zivilisten getragenen Waffen. Die ausstehenden Matrosen jandien der Regierung ein Ultimatum, in dem der Rücktritt der Regierung gefordert wurde. Die Marineoffiziere wird von Artillerie beschossen. Aus der Provinz ist eine Division zur Unterstützung der Regierung unterwegs. Bis gestern Abend wurden 67 Personen getötet und 250 verwundet. In Santarem beträgt die Zahl der Opfer 70 Tote und 200 Verletzte. Carlos Glabo ist zum Gouverneur von Lissabon ernannt worden.

Das Amtsblatt veröffentlicht einen Befehl, in dem die Bürger beglückwünscht (!) werden, die an der Wiederherstellung der Gesetzmäßigkeit mitgearbeitet hätten, und der die Zivilpersonen auffordert, die Waffen wieder abzugeben, die ihnen geliefert worden waren.

Den Pariser Blättern wird aus Madrid telegraphiert: Alle Eisenbahnen in ganz Portugal stehen still, sämtliche Telegraphen- und Telephonverbindungen sind unterbrochen.

### Englische Sorgen.

**London, 17. Mai.** Die „Daily News“ meldet, wird unter den Gründen für die Erhöhung der Fleischpreise die Schwierigkeit des Transports infolge der deutschen Unterseeboote angeführt. Die Exportpreise seien um 70 Prozent gestiegen, die Verkaufspreise müßten folgen.

Die letzte Liste gibt die Offiziersverluste mit 400 an, von denen 99 gefallen sind. 350 Namen werden unter dem 11. Mai angeführt, wo das Gefecht bei Kubers und Trömmel's stattfand.

Die Polizei hat allen Deutschen, Oesterreichern und Ungarn befohlen, von 8 Uhr abends bis 5 Uhr morgens zu Hause zu bleiben. Die Internierung wird fortgesetzt. In verschiedenen Orten kamen noch Ausschreitungen vor. In einigen Fällen mußte Militär aufgebieten und die Auftruhalle verlesen werden.

Der Straßenbahnverkehr von London hat wegen des Streiks völlig aufgehört mit Ausnahme der Linie nach dem Arsenal in Woolwich.

Der Direktor des Regierungskomitees für Herstellung von Munition entsendet eine Abordnung nach Kanada, die geeignete Arbeiter zur Herstellung von Munition anwerben soll. Eine Anzahl Kanadier befindet sich bereits hierzu in England.

### Die japanische Presse gegen England.

**Köln, 16. Mai.** Nach Mitteilung eines deutschen Missionars an die „Allg. Ztg.“ lautet die japanische Presse gegen England auf. Eine Tokioter Zeitung schreibt: „Englands Verhalten Japan gegenüber ist erbsüßlich und entspringt bloßem Neid; wir England unsern Fortschritt in China aufhalten, läuft es Gefahr, daß unsere Heeresmacht es zertrennen will? England ist nicht imstande, das zu verhindern. Das wollen wir einmal deutlich aussprechen. Dazu kommt, daß wir gradenwegs in Indien einmarschieren und dort einen Aufstand entfachen können. Wägen wir das Bündnis, so ist England nicht mehr imstande, seinen Platz in der Welt zu behaupten. England soll bedenken, daß das Bündnis nur ein Bündnis zwischen zwei Regierungen, nicht zwischen zwei Völkern ist.“

### Der Zustand der Gefangenen.

**Budapest, 17. Mai.** Aus Eperjes wird dem „Lok.“ aus ungarischen Blättern mitgeteilt: In jeder Tageszeit werden ununterbrochen russische Gefangene eingebracht. Noch im beginnenden Frühjahr waren alle russischen Gefangenen ausgezehrt und gekübel. Es fanden sich jedoch, besonders an der Front in der Bukowina, einige russische Landsturmbataillone, sogenannte Truzina, welche die Kräfte schon damals nicht verlieren konnten. In den letzten zwei Wochen zeigen nun die massenhaft eingebrachten russischen Truppen zum Teil bürgerliche Kleidung mit glänzlich zersetzte in Schutzhüte. Zahlreiche solche Gefangene sind barfuß oder haben ihre Füße mit Fellen eingewickelt. Außerdem haben die Gefangenen seit Wochen sehr wenig gegessen. Ein Freiwilliger des 128. russischen Regiments flüchtete und seit dieser Zeit nichts zu essen bekommen habe. Mit manchen Gefangenen Nahrung brachte, kürzten sie sich auf die dargereichten Speisen, und man konnte kaum Ordnung unter ihnen halten.

### Kleine Kriegsnachrichten.

In der zweiten niederländischen Kammer ist laut „Wasscher Zeitung“ ein Antrag eingegangen, der die Einführung der allgemeinen Dienstpflicht fordere.

Der Vertreter der Cunardlinie teilt mit: Der Dampfer „Transylvanien“, von New York mit 879 Passagieren nach Greenock anflut nach Liverpool dirigiert, ist heute morgen in Greenock ohne Zwischenfall angekommen.

Aus Anlaß der Vorträge eines Schweizer Ingenieurs Zuehliger, der, angeblich auf Grund eigener Anschauung und Ergebnisse, von den deutschen Grenelen in Löwen erzählt, hat die deutsche Gesundheitsamt in Bern der „Wiss. Ztg.“ zufolge den Schweizer Blättern eine Note zugehen lassen, in der angeführt wird, daß demnach ein Verbot über die Ergebnisse einer eingehenden Untersuchung der Ereignisse von Löwen veröffentlicht werden wird.

vom Lager, trat an das Fenster, zu dem der Vollmond herein-schien, und griff nach einer bereitgehaltenen Nadel; sie nähte an einem kleinen Leinwandstückchen, fügte eine Schnur daran, und nachdem sie das Anhängsel um den Hals genommen, schlüpfte sie wieder unter die Decke. Sie schlief unruhig, und wenn sie halbwach nach dem Tischchen griff, so knurrte das, als ob es ein Papier enthielte. Es umschloß auch ein solches, — das Eheversprechen des Toni vom Sternsteinhof.  
VII.  
Schon einmal hatte die Zepherl, wenn sie vom oberen Ende nach dem unteren kam, um Helene aufzusuchen, diese nicht daheim getroffen.  
Die alte Zinshofer sagte, sie wäre nach dem toten Walde gegangen, und lachte über die närrische Tirn', die jeden andern Tag dahin lief, Klaubholz sammelte, wobei sie immer für einen gefundenen Spahn hundert mit Wurmeßel haimbröchte; aber besser ist doch, sie tue etwas, wenn sie damit auch nichts richt', als sie nicht' gar faulenzeln und etwa auf dumme Gedanken gebracht werden.  
Eines Tages aber fehlte sich's Zepherl in den Kopf, die Kameradin wieder zu sehen und umschloß sich, selbe auf dem Zinshofer oder an Ort und Stelle zu überreden. Sie ging nach dem toten Walde. Die lange Straße lies sie halbe feine Begabung, doch als sie vor dem Lamm stand und eben beide Hände hobt vor den Mund legte, um durch einen lauten Ruf ihre Aufmerksamkeit und Marijette der Gesuchten kund zu geben, da trachten im Gehäuz' d'ere Arme unter aufenden Tritten. Sie ließ erschreckt beide Arme hängen, als sie an der Seite Helens den Toni vom Sternsteinhof heran kommen sah. Der Butze hatte sich allerdings sofort hinter die Stämme, aber es war zu spät, er nicht bemerkt zu werden.  
Helene schritt auf Zepherl zu. „Se, Du bist da? Grüß' Dich Gott!“  
„Grüß' Dich auch Gott“, antwortete kurz die Angeprochene. Helene setzte die Tirne an der rechten, um Hand in Hand mit ihr dahinzufeldern; aber die Zepherl mit unwilliger Gebärde sich losriß, fragte sie: „Na, was is's denn? Was hast' denn?“  
„Du warst nit allin!“  
„Wer sollt' denn bei mir a'weil sein?“  
„Für blind' müßt's mich nit nehmen, und Zepherl is vor mein' Albenen aut. Ich hab'n ganz gut G'sch, 'n Bauers-sohn vom Sternsteinhof.“  
„Und wann er's war? Kann ich ihn 'n Ort verho'ren?“  
„Dobon is sein' Red', aber heut is nit 's erste Mal, daß D' hertritt. Er lacht Dich da, und Du laßt Dich fuchen. Sollst' Dich wohl schämen!“  
„Ich will' nit warum! Tust Du von mir G'schriß?“

„Ich will' nit mit Schlecht's von Dir denken, aber Recht's kann ich doch auch nit, wo Du zu noch ein'm halt' nit neb'm Maderl.“  
„Du sollst' Dich hüten, sag'n, daß ich's mit ein' an-der'n halt'. Wo hast' denn 'n Weib's? Hebrigens schäy ich, bist Du weder zu mein' Maderl, noch zu sein' Maderl b'fellt!“  
„Trügig' nur steht dem gar wohl an, den man af üben Weg'n beizt.“  
„Auf üben Weg'n?“  
„Auf üben Weg'n“, erwiderte die Zepherl, „ich sag', auf üben Weg'n, weil's selb' von Ehrlichkeit und Ehrbarkeit süß'n. Von Zwei'n müß' doch allweil einer der Betrogene sein, nit? Und wer's da war, is für mich gar kein' Frag! Was willst' denn mit dem reich'n Bauerssohn? Vielleicht sein' G'spas hab'n, weil's doch zu kein' Ernst süß'n kann? 's selbe geht schon ein'm Weibskind süß' g'ung an und is nit ehlich geg'n den, der's ernst meint; denn ehlicherweils kann man nur ein'm ang'hören für's Leben, oder verlangst' Du's leicht paar-weis für Zeit und Weil'?“  
„Wur! Galt Du ein Maul! Kann mich aber von Dir nit befehligen. Ich weiß ja, ge'n' eine, die bei mehr Mann-tenen Anwert' find't, da redt der Reich' aus Guch, bei denen sich der eine Einzige für's Leben einig nit einstell'n will! Ueker-haupt verheiß' ich nit, wie Du da is aufbegeh'n magst! Du kann's ja recht sein, wenn ich mich mit'm Maderl ehweil, viel-leicht wilst' Du dann ein's mit ihm.“  
„Dah' Dir sag'n“, sagte zornig Zepherl, „laß Dir sagen, Du bist'n gar nit wert, zu grausch's Ding, Du! Und daß D' es weilst, mit Dir geh' ich auch gar nimmer.“ Sie ließ eiliche Schritte voraus.  
„Geh' zum Teufel, wann D' willst'! Wer bist' denn Du, daß ich mit 'o Quab' aus Deiner Freundschaft machen müßt'?“  
Schweigend rannten die beiden auf der Straße dahin, eine voran, die andere hinterher.  
Helene ließ sich auf die Knieen. Nach einer Weile rief sie: „Du, Zepherl!“  
„Was gibst' s'?“ fragte die Auserwählte, ohne stehen zu blei-ben oder den Kopf zu wenden.  
„Du wirst' doch von dem G'schriß nit weiter bekanten lassen?“  
„Gelt' nein?“  
„Wann ich nit darnach' s'fragt weerd', nit!“ lautete die trodene Antwort.  
Zepherl wurde aber gar bald darnach' gefragt, die Ent-fremdung zu hören und Helene set' zuerst der alten Maderl Red' auf, und diese machte das in Erfahrung G'schribe der Auserwählten zu wissen, welche dem Maderl doch in Kenntnis setzte und am Schluß einer sehr eindringlichen Rede fragte: ob er nach allem, was er schon habe erfahren lassen, noch das noch gefallen lassen wolle? (Fortsetzung folgt.)



Breslauer Nachrichten.

Breslau, den 18. Mai.

Gibt die unverbrauchten Brotmarken zurück.

Die Breslauer Stadtverteilungsstelle erklärt folgende Mahnworte:

Schon mehrfach hat der Magistrat durch Bekanntmachung in den hiesigen Tageszeitungen gebeten, unverbrauchte Brotmarken der laufenden und auch der vorhergehenden Woche an die Stadtverteilungsstelle zu übersenden.

In letzter Zeit hat die Ueberlieferung ersparter Marken aber sehr erheblich nachgelassen, während die Nachfrage nach erübrigten Brotmarken von Woche zu Woche größer wird.

Die Stadtverteilungsstelle gibt dann den Brotmarkenausgabestellen statt den eingekauften ungültigen Marken gültige zur Verteilung an die Einwohner, bei denen die Prüfung ergeben hat, daß es ihnen wegen der besonderen Verhältnisse, unter denen sie leben, schwer möglich ist, mit ihren Brotmarken zu reichen.

Jeder Milibürger, der Brotmarken übrig hat, wird die kleine Mühe des Zurückschickens gern auf sich nehmen, wenn er bedenkt, daß er damit den bedürftigen Einwohnern unserer Vaterstadt hilft in dieser schweren Zeit durchzuhalten.

Der Mehlhamster.

In der „Kriegsloji“ schreibt Frau Dr. Elisabeth Georgt Dresden:

Der Mehlhamster kommt immer noch bei uns vor. Und zwar treibt er erbärmlichst seine Weisen, oder besser gesagt, sein Unwesen, seitdem in den letzten Tagen vor Ablauf einer Prokarienperiode.

Es gibt bekanntlich Familien, die mit ihrem Brot- und Mehlhain nur knapp auskommen können. Es gibt aber andere Familien, die weniger Brot und Mehl verbrauchen, als sie auf Grund ihrer Scheine zu beziehen berechtigt wären.

Dieser erfreuliche Plan wird nun aber leider durch die Mitleidenschaft durchkreuzt, die der Meinung zu sein scheint, daß eine unangenehme Brot- und Mehlkarte ihren Verursacher habe.

Aus aller Welt.

Amerika liefert weiter Munition.

Die „N. Y. H.“ meldet von der holländischen Grenze: Die Rhein-Horster Mäster melden, daß die Ladawanina Steel Co. Aufträge auf die Lieferung von 500.000 Tonnen Stahl für Schrapnell's an die Verbündeten abgeschlossen habe.

Es scheint, als ob die Erholungs- und Badeorte, in denen gegenwärtig keine Verwundeten untergebracht sind, einen besonderen Vorzug genießen. Darauf läßt wenigstens folgendes in Nr. 233 des „Berliner Tageblatt“ vom 8. Mai verbindliche In-jerat schließen:

Lazarettfrei

Es scheint, als ob die Erholungs- und Badeorte, in denen gegenwärtig keine Verwundeten untergebracht sind, einen besonderen Vorzug genießen.

Heringsdorf, See- und Bäderbad.

Der von der Natur mit Hochwald am meisten bevorzugte Badeort der Ostsee, geöffnet wie in Friedenszeiten, Lazarettfrei.

Saison 1. Juni bis 30. September.

Als vor einiger Zeit aus Petersburg über eine Ver-ordnung berichtet wurde, durch welche man das „bessere“ Publikum vor dem Anblick verwundeter Soldaten bewahren wollte, da erregte diese rohe und unparitätische Bestimmung mit Recht Abstoßen.

weil sie dieses Mehl wirklich nötig hätten, nein, nur „um hinlegen“; denn bei ihnen dabei liegen noch große Mehl-vorräte, die sie sich — in, ach! so kurzfristiger Vorräte — schon von dem allerersten Anfang der Prokarienregelung einge-handelt hatten; und nun wird weiter darauf los getauft, so oft sich nur ein weiteres Pfündchen Mehl ergattern läßt.

Daß das Mehl ohne fachmännische Behandlung bei längerer Lagerung leicht verdirbt, daran denkt der Mehlhändler nicht; und daß unser Brotvorrat jetzt Gemeingut ist, daß es geradezu ein Verbrechen am Vaterlande bedeutet, wenn ein einzelner von diesem Vorrat mehr für sich in Anspruch nimmt, als er unbe-dingt zu seiner Ernährung braucht, davon hat der Mehlhändler erst recht keine Ahnung.

Das Verhalten dieser Menschen rechtfertigt die in Berlin und einigen anderen Städten geltende Bestimmung, daß auf den nicht für Brot verbrauchten Anteil der Karte höchstens 125 Gramm Mehl und an den letzten Wochentagen überhaupt keines verabfolgt wird.

Es ist Zeit, daß endlich jedermann die Mehlhändler in ihrer Kleinigkeit und Fäulnislichkeit erkennt, daß es jedermann klar wird: Aufrechnern von Mehlvorräten in den vielen tausend den Zwietschern der einzelnen Haushalte ist heutzutage verwerflich, denn alle unsere Mehlvorräte gehören in die Hände der gemeinsamen Speisekammern, in die Hand von Staat und Ge-meinde, die schon dafür sorgen, daß wir alle satt zu essen haben, und daß wir auch in Zukunft nicht Hunger leiden werden.

Neigt man auch wohlhabende Familien bereits vielfach ihre unverbrauchten Proscheine wieder zurück. Das löbliche Beispiel verdient Nachahmung.

Weizen- und Roggenmehl.

Wie aus Berlin gemeldet wird, sind die Weizenvor-räte fast ebenso groß wie die an Roggenmehl. Darum hat die Kriegs-Gesellschaft auch den Weizenmehlpreis erheblich härter heruntergesetzt als den Preis für Roggen-mehl. Wer aus diesen Tatsachen aber den Schluß ziehen würde, es sei nunmehr wieder an der Zeit, das Weizenmehl in für-ferem Umfang zu suchen zu versuchen und dem Anwen-dungsbereich zu erhöhen, würde einen verhängnisvollen Fehler begehen. Denn zweierlei darf nicht verkannt werden: Nur das Mengenverhältnis zwischen Roggen- und Weizen hat sich entgegen der ursprünglichen Auffassung geändert. Die Gesamtmenge reicht nur dann, wenn auch weiter sparsam getriebelet und nur das Bedürfnis nach Säuerung befriedigt, nicht aber aus Gewohnheit und des reinen Gemisses wegen gedeckt.

In Breslau ist der Kleinhandel mit Mehl an jedem Freitag, Sonnabend und Sonntag verboten.

Zur Kartoffelverföorgung

wird amtlich aus Berlin gemeldet:

Die Reichsstelle für Kartoffelverföorgung läßt den Kommun-alsverbänden mit, daß sie ihren Bedarf an Kartoffeln, den sie zur Ernährung der minderbemittelten Bevölkerung durch die Reichsstelle zu beziehen beabsichtigen, und dessen Höhe bis zur nächsten Ernte berechnet sein muß, bei der Reichsstelle bis spä-estens 20. Mai anzumelden haben. Weht die Anmeldung bis zu dem genannten Zeitpunkt nicht ein, so kann die Bedingung des Bedarfes durch die Reichsstelle nicht gewährleistet werden.

Andereorts sind die Kommunalsverbände verpflichtet, die-jenigen Kartoffelmengen, die sie als Reservebedarf bei der Reichs-stelle angemeldet haben, auch unbedingt abzunehmen. Der Reichs-stelle steht zurzeit ein sehr großes Angebot an Kartoffeln zur Verfügung. Die Landwirte drängen aus wirtschaft-lichen Gründen zur Abnahme. Um den Bedarfskommunal-Ver-bänden die sofortige Abnahme zu erleichtern, sollen diejenigen von ihnen, die vom 17. Mai bis zum 31. Mai die von ihnen bestellten Kartoffelmengen von den Uebernahmungskommunalverbän-den abnehmen, einen Zuschlag von einer Mark für den Zentner der durch Veranlassung der Reichsstelle gelieferten Menge als Reichszuschuß erhalten. Dieser Zuschuß ist zum Ausgleich für die Mühe des Lagerens, Behandelns und für die Gefahr des Verderbens und Schwindes, die bei sofortiger Abnahme zu Laufen des Bedarfs-Kommunalverbandes gehen würde, bestimmt.

Bei diesem weitgehenden Entgegenkommen der Reichsstelle verwaltema wird darauf gerichtet, daß der größte Teil der von den Bedarfsbezirken benötigten Kartoffeln nunmehr sofort ab-

Wegen Spionage erschossen.

Vor einigen Tagen meldete, wie die „Nordd. Allg. H.“ schreibt, Schweizer und italienische Blätter, daß der belgische Ingenieur Lenoir von den Deutschen in Gent erschossen worden sei, weil er Pläne belgischer Eisenbahnen und Verzeichnisse bel-gischer Eisenbahnmateriale nicht ausverleitet habe. Diese An-gaben entsprechen in keiner Weise den wirklichen Tatsachen. Lenoir ist vielmehr vom Feldgericht Gent verurteilt worden, weil er während mehrerer Monate in Zwischenräumen von etwa zehn Tagen von seinen Unteragenten ihm zugelegene Nach-richten über deutsche Militärtransporte in das feindliche Ausland weitergegeben hat.

Eine Pneumatikfabrik niedergebrannt.

Blättermeldungen zufolge brach in der Pneumatik-fabrik Continental bei Paris, die sich unter Sequelles befindet, ein Großfeuer aus. Das Feuer brach im Vorrats-raum der vierten Etage aus und nahm einen enormen Um-fang an. Die Feuerwehren aus Paris, Clignancourt, Montreuil und Epinal waren an der Brandstelle tätig. Die vierte Etage stürzte ein. Die Ursache des Feuers ist unbekannt; doch wird bö-s-willige Brandstiftung vermutet. Der Schaden beläuft sich auf eine Million Franken.

Ein siebzehnjähriger Muttermörder.

Die „N. Y. am Mittag“ meldet aus Dresden: Die Frau des Eisenbahnbediensteten Vogel ist in ihrer Wohnung er-mordet aufgefunden worden. Des Verbrechens verdächtig ist ihr erst 17 Jahre alter Sohn, der seit Sonntag ver-schwunden ist.

Knackfuß gestorben. Der Maler Hermann Knackfuß, Professor an der Königl. Kunstakademie in Kassel, ist im Alter von 66 Jahren gestorben. Knackfuß ist weiteren Kreisen dadurch bekannt geworden, daß er eine Idee Wilhelms II. zu einer Zeichnung verarbeitete: „Völker Europas wahren eure heiligsten Güter“, das den europäischen Völkern den Schrecken der „gelben Gefahr“ zeigen sollte. Das Bild ist seinerzeit von der Fachkritik arg hergenommen worden.

Ein Arbeiterkretär vor dem Kriegsgericht. Vor dem 1. Obergerichtlichen Kriegsgericht hatte sich der Arbeiter-sekretär Genosse Theodor Bartels wegen verurteilter Er-pressung zu verantworten. Der sonderbaren Anklage lag fol-gendes zu Grunde: In einer Klagesache wegen Mietsforderung hatte es Bartels in seiner Eigenschaft als Arbeitersekretär über-nommen, die Interessen der Beklagten zu vertreten. Er richtete nun an den gegnerischen Rechtsanwalt, dessen Vater in der Sache als Kläger auftrat, ein Schreiben, worin er betonte, daß der Kläger wegen seiner Forderung Anspruch gegeben habe;

genommen wird. Viele doch dieser Zuschlag den Bedarfs-kommunalverbänden die wesentlich erleichterte Möglichkeit, mit Hilfe des Handels oder auch auf eigene Gefahr die Lagerung der Kartoffeln innerhalb der Bedarfs-kommunalverbände ohne Ver-lust vorzunehmen und sich andererseits die zur Ernährung der Bevölkerung nötigen Mengen bestimmt zu sichern.

Breslauer Stadtratswahlen.

Der Wahlausschuß der Stadtverordneten-Versammlung schlägt für die beiden durch Rücktritt freigewordenen Stadtrats-sitze der Herren Alee und Hoffmann den liberalen Kandidaten Justizrat Dr. Meißner und den konservativen Stadtverordneten Frömsdorf vor.

Die Befegung des dritten Stadtratspostens, für den in Uebereinstimmung mit allen Parteien Genesie Meulrich vor-gelesen ist, erleidet dadurch eine Verzögerung, daß die Ver-mehrung der Stadtratsliste vom Bezirksausschuß erst bestätigt werden muß. Der Magistrat beschäftigt sich heute Dienstag mit der Angelegenheit; er wird dem Beschluß der Stadtverordneten-Versammlung zustimmen und einen darauf bezüglichen Antrag beim Bezirksausschuß stellen.

Der Ortswechsel von Kriegerfamilien.

Die Freiwilligkeit der Kriegerfamilien hatte bisher ihre Nachteile. Wenn der Wegzug von einem Ort mit niedri-gere Unterstüßungsätzen in einen Ort mit höheren Unterstüßungsätzen geschah, erhielt die Familie in ihrem neuen Wohnort nur die Sätze ihres früheren Wohn-ortes. Durch eine ministerielle Verfügung ist darin in Preußen eine kleine Verbesserung eingetreten. Eine Familie war von Warringen (Rheinland) nach Ohligs (Rheinland) verzogen. Warringen zahlte der Familie monatlich 42 Mark, Ohligs dagegen zahlte im gleichen Falle 57 Mark. In der Stadtratsitzung von Ohligs teilte der Bürgermeister mit, daß der Minister verfügt habe, wenn der Umzug begründet sei, so seien die höheren Sätze zu zahlen und die Ge-meinden hätten das gegenseitig zu verrechnen. Als Beispiel für einen begründeten Umzug, so führte der Bürgermeister an, sei zu betrachten, wenn eine schwangere Kriegerfrau in ihre Heimat ziehe, um dort ihre Entbindung abzuwarten.

Laden-schluß in der Pfingstwoche.

Laut Bekanntmachung des Königl. Polizeipräsidenten dürfen die offenen Verkaufsstellen am Freitag und Sonnabend vor Pfingsten (21. und 22. Mai) bis 10 Uhr abends ge-öffnet bleiben. An den übrigen Tagen der Pfingstwoche müssen die Läden wie sonst um 8 Uhr abends geschlossen werden.

Pfingstferien der Breslauer Schulen.

In allen Breslauer Schulen beginnen die Pfingstferien Freitag, den 21. Mai; der Schulanfang ist auf Sonn-abend, den 29. Mai, festgesetzt.

Nachsendung der Postfächer nach Badrorten und Sommerfrischen.

Die kaiserliche Oberpost-Direktion schreibt uns: Postsendun-gen für Fremde in Kurorten und Sommerfrischen er-leiden oft Verzögerungen, weil die genaue Wohnansgabe in der Anschrift fehlt und die Ortsbehörde wegen nicht rechtzeitiger Anmeldung keine Auskunft geben kann. Jeder Fremde muß des-halb selbst nach der Ankunft sofort seine Wohnung der Postanstalt des Kurorts mitteilen. Zur weiteren Erleichterung und Ver-schleunigung des Postverkehrs empfiehlt sich eine gleiche Mitteilung an alle Personen, mit deren Preiswechsel unterhalten wird, und besonders an die Postanstalt am Heimatort, wenn dies zweck-mäßig nicht schon in Nachsendungslage geschehen ist, damit die Wohnung auf den von dort nachzusendenden Postfächer ver-merkt werden kann.

aufserdem habe er sich der Klägerin gegenüber ungebührlich be-nommen. Der Rechtsanwalt möge das seinem Vater vorbehalten und von der Klage Abstand nehmen. Darin wurde der Er-pressungsversuch erblickt. Genosse Bartels betonte in der Ver-handlung, daß er nur im Interesse der Parteien den Streit habe schlichten wollen; er habe in zahlreichen ähnlichen Fällen die Vermittlung übernommen und die besten Erfolge erzielt, die in der jetzigen Zeit besonders dem Gemeinwohl dienen. Die Beweisaufnahme ergab die völlige Haltlosigkeit der Anklage, so daß der Anklagevertreter selbst die Verstrafung in das Er-messen des Gerichts stellte, das auf Freisprechung erkannte. Objektiv steilt sich der Tatbestand zwar als verurteilbare Erpressung dar, doch subjektiv habe Bartels das Bewußtsein einer rechts-widrigen Verschaffung eines Vermögensvorteils für seine Klientin gehabt, da er deren Angaben über einen gewährten Zahlungs-ausschuß für die Mietsforderung glauben schenkte.

Reim Segeln ertrunken. Die „N. Y. am Mittag“ meldet: Auf dem Wolziger See bei Görsdorf schlug Sonntag eine mit zwei Berliner Seglern besetzte Jolle um. Ein Insasse er-trank, sein Begleiter wurde von Schiffen gerettet.

Literatur.

Zum Untergang der „Lusitania“. Der Wettbewerb unter den Schiffahrts-Gesellschaften, ihren Schiffen immer größere Ge-schwindigkeiten zu geben, hat nun von einer größeren Zahl von Schnell dampfern geführt. Deutschland besitzt durch die Hamburg-Amerika-Verkehrsgesellschaft (Hapag) die „Vaterland“, „Imperator“, „Bismarck“ u. a., durch den Norddeutschen Lloyd die „Konprinzessin Cecilie“, „Kaiser Wilhelm I.“, „Kaiser Wilhelm II.“ u. a. England verfügt durch die Royal Mail Steam Company, nach ihrem Gründer gewöhnlich Cunard Company genannt, über die „Mauretania“ und „Lusitania“. Frankreich hat als Vertreter unter den Ozeanriesen die „France“. Von den hier genannten Schiffen haben die englischen „Mauretania“ und „Lusitania“ die größte Geschwindigkeit. Sie sind entstanden, um Deutschland das „Blaue Band des Ozeans“ abzufragen. Dieses „Abzeichen“, seit den 90er Jahren üblich, zierte die „Lusitania“ als schnellstes Schiff der Welt. Nunmehr ruht es auf dem Grunde des Meeres. Die „Mauretania“, das Schwester-schiff der „Lusitania“ tritt an ihre Stelle.

Interessante Angaben über die Welt Handelsflotte, den Schiffsverkehr usw. finden wir in Professor Dr. R. Schreiber's Werk „Das Seeschiff und der Seeverkehr“ (Prof. Dr. Vastian Schmidt Thomae Verlag, Leipzig, ca. 100 Seiten mit 12 Abbildungen, Preis 60 Pf., geb. 85 Pf.). Wir erhalten weiter Aufschluß über die Geschichte des Schiffbaues, den Bau eines Schiffes, seine Antriebskraft, die Navigation u. v. a. Zum besseren Verständnis der gegenwärtigen Vorgänge auf dem Meere ist die Behauptung des unterhaltend und anregend geschriebenen Handbuchs angelegentlich zu empfehlen.





